



Die soziale Situation in Spanien und die Protestbewegung 15M

Die EU braucht Dialog und soziale Sofortmaßnahmen

Von Ruth Simsa und Marion Totter
Wien, 26. März 2015
ISSN 2305-2635

Handlungsempfehlungen

1. Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation in Spanien;
2. Stärkung der Zivilgesellschaft anstatt Einschränkung der Bürgerrechte;
3. Durchsetzung europäischer Standards bei Zwangsräumungen.

Zusammenfassung

Spanien ist von einer gravierenden ökonomischen, sozialen und politischen Krise betroffen. Ein Teil der Probleme ist hausgemacht, v.a. durch die überwältigende Korruption. Ein Teil allerdings ist Folge der europäischen Politik. Die zunehmende Orientierung an Wirtschaftsinteressen statt an sozialen Standards, die Unterordnung des Gemeinwohls unter individuelle Interessen, die Individualisierung von Gewinnen und Kollektivierung von Risiken der Finanzmärkte, mit den Folgen einer zunehmenden Ungleichverteilung in ganz Europa, dies bekommen Länder des Südens besonders stark zu spüren. Folgen sind häufig Politikverdrossenheit, die Ablehnung der EU und ihrer Institutionen sowie in vielen Ländern ein Zulauf der Krisenverlierer zu nationalistischen, ausgrenzenden und rechtspopulistischen Strömungen. In Spanien dagegen kam es in Folge der Protestbewegung seit

2011 zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft, des politischen Engagements und der Solidarität. Zudem wurden in Zusammenhang mit dieser Bewegung auch neue nationale und regionale Parteien gegründet, die hohe Erfolgsaussichten bei den nächsten Wahlen haben. Dies kann auch eine Chance für Europa sein. Europa täte gut daran, die Wut auf das System und die Ungleichheit, die es produziert, sowie auch die Wut auf Europa ernst zu nehmen. Wenn die Politik das Vertrauen der Jungen wieder gewinnen will, dann braucht es eine entschlossene Sozial- und Bildungspolitik, mehr Transparenz der politischen Institutionen und einen wesentlich stärkeren Dialog. Anstatt zuzulassen, dass Aktivisten sanktioniert und als zu radikal ausgegrenzt werden, muss Europa auf seine Jugend hören und versuchen, von den sozialen Bewegungen zu lernen.



Die soziale Situation in Spanien und die Protestbewegung 15M

Die EU braucht Dialog und soziale Sofortmaßnahmen

Die soziale Situation Spaniens: Armut, Arbeitslosigkeit und Exklusion

2007 wurde Spanien, wie andere südeuropäische Länder auch, von der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie damit einhergehenden Liquiditätsengpässen hart getroffen. Vorausgegangen war dieser Zäsur eine über Jahre hinweg prosperierende Wirtschaft, die von einem, von nationalen sowie internationalen Spekulationen angefachten, Bauboom maßgeblich getragen war. Das Platzen der Immobilienblase hatte dramatische Folgen, wie Insolvenzen, stagnierendes Wirtschaftswachstum, ein rasanter Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie die Verwendung enormer Summen an Staatsgeldern für Banken und Bankenrettungen. Die von EU, EZB, IWF und der nationalen Regierung erarbeiteten Austeritätsmaßnahmen führten zur Reduzierung von Staatsausgaben und massiven Einschnitten im Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem, sowie zu einer tiefgreifenden sozialen und politischen Krise. (Banyuls & Recio, 2012; Fioramonti & Thümler, 2013).

Die soziale Situation ist dramatisch. Die Arbeitslosenrate beträgt 26,38%¹, die Jugendarbeitslosigkeit beläuft sich auf 53,8% – im EU-Vergleich rangiert sie nach Griechenland auf dem zweithöchsten Platz².

Viele gut ausgebildete junge Erwachsene sehen sich zu Emigration gezwungen, „Wir gehen nicht freiwillig, sie werfen uns hinaus“, ist ihr Slogan. Mehr als eine Million junger Menschen haben seit 2012 Spanien verlassen. Jene, die Arbeit haben, sind mit prekären Beschäftigungsverhältnissen

konfrontiert, die den Aufbau einer eigenen Existenz nicht zulassen. Bereits 2011 lebten zirka 70% der 18-34 Jährigen in einem Haushalt mit Eltern oder Großeltern (Rodríguez San Julián, 2012).

Um die 25% der SpanierInnen leben unter oder an der Armutsgrenze³. Damit bleiben Grundbedürfnisse unerfüllt, Menschen leiden an Hunger oder können ihre Wohnung nicht entsprechend beheizen. Besonders die Kinderarmut hat infolge der Krise massiv zugenommen. 37% der Familien mit Kindern leben unter als prekär zu klassifizierenden Bedingungen (González-Bueno, Bello, & Arias, 2013). Rund 2 Millionen Kinder leiden unter Mangelernährung⁴.

Zwangsräumungen sind ein weiteres brisantes Thema. Seit 2007 belaufen sich Delogierungen auf 570.000, wobei die Zahlen weiterhin im Anstieg begriffen sind⁵. Das Konfliktfeld Wohnen erweist sich als durch zwei Aspekte verschärft. Erstens mangelt es in Spanien an sozialem Wohnbau und vergleichsweise wenige Menschen haben die Option, Wohnraum zu mieten – Wohnungseigentum wird hierdurch alternativlos. Zweitens ermöglicht es die spanische Gesetzeslage, dass Zwangspfändungen, infolge derer Immobilien in Bankenbesitz

1) 2013, <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/17327/umfrage/arbeitslosenquote-in-spanien/>

2) Juli 2014, <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/>

3) Prozentsatz der Personen, die mit weniger als 50% des durchschnittlichen Medianeinkommens der Haushalte auskommen müssen, im Jahr 2013 waren dies 11.123 Euro. http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/hui/show.do?dataset=ilc_di08&lang=de

4) http://www.lasexta.com/programas/mas-vale-tarde/noticias/cerca-dos-millones-ninos-pasan-hambre-espana_2013080700305.html

5) <http://afectadosporlahipototeca.com/2014/10/10/los-datos-del-cgjp-confirman-que-siguen-aumentando-los-desahucios-en-espana/>



übergehen, nicht automatisch zur Schuldentilgung führen. Wegen des Preisverfalls der Immobilien bleiben daher viele Delogierte für die Schulden weiterhin haftbar (Hughes, 2011).

Die soziale Bewegung in Spanien: Die Empörten der Bewegung 15M

Die Geburtsstunde der spanischen Protestbewegung waren große auch international rezipierte Demonstrationen in Madrid und zahlreichen weiteren Städten am 15. Mai 2011 – das Datum wurde namensgebend für die Bewegung 15M, sie wird zudem als Bewegung der Indignados, der Empörten, bezeichnet. Was mit Demonstrationen und wochenlangen Platzbesetzungen begann, nahm im weiteren Verlauf diverse Formen an, wie die fast flächendeckende Mobilisierung gegen Zwangsräumungen oder für bürgerliche Gesetzesinitiativen, die Einrichtung sozialer Zentren in besetzten Häusern oder privat organisierte Essensausgaben für Hungernde. Die Bewegung forcierte zudem Veränderungen der nationalen politischen Agenda. Gefordert werden Transparenz und Partizipation, Bekämpfung der Korruption sowie die Einmahnung von Verantwortlichkeit der Verursacher der Krise (Feenstra & Keane, 2014). Immer noch ist die Bewegung sehr aktiv, in ganz Spanien zeigt sich ein dichtes Netz an Initiativen, Arbeits- und Protestgruppen. Viele von ihnen sind im Zuge der Bewegung entstanden, andere erfuhren in den letzten Jahren enormen Zuspruch und Wachstum. Neben jenen Akteuren, die schon vor 15M politisch aktiv waren, sind es insbesondere Junge, die sich erstmals im Kontext der Mobilisierung politisch engagierten und an Protesten beteiligten (Taibo, 2013, p. 156).

Verliert Europa seine Jugend? Distanz, Frustration und Wut

Seit dem Aufkommen der Bewegung 15M stehen Themen wie die Wirtschaftskrise, soziale Problemlagen, Kürzungen öffentlicher Gelder und Korruption auf der Tagesordnung der politischen Agenda. Weiters hat die Protestbewegung zu einer Veränderung von Einstellungen geführt: Während

zu Beginn der Krise weithin Scham über eigene – als individuell gesehene – Probleme, wie Armut oder Arbeitslosigkeit empfunden wurde, wandelte sich diese im Zuge der Bewegung zunehmend in – geteilte – Wut (Castañeda, 2012). Es gelang der Bewegung, strukturelle Ursachen von Problemen zu verdeutlichen. Viele Menschen wurden politisiert und entwickelten im Zuge dessen eine kritische Haltung gegenüber traditionellen politischen Institutionen, auch gegenüber jenen der Zivilgesellschaft (Castañeda, 2012) – „Sie repräsentieren uns nicht“ wurde zu dem bedeutenden Slogan, der diese Kritik pointiert. Quantitative Daten verweisen seit 2009 auf einen zunehmenden Vertrauensverlust in die politische Klasse und großen Parteien⁶; Ergebnisse eigener qualitativer Erhebungen im Jahr 2014 weisen in dieselbe Richtung: Frustration und Wut richten sich sowohl gegen nationale als auch gegen europäische Institutionen. Viele SpanierInnen sind von europäischen Institutionen enttäuscht, da diese ihrer Ansicht nach von Interessen einzelner mächtiger EU-Staaten – insbesondere Deutschland – sowie jenen privater Wirtschaftsunternehmen dominiert wird. „Es ist eine Mafia“ heißt es, mit Blick auf die „politische Kaste“, es ist alles „durch und für sie“ organisiert, für die Reichen, die Politik und die herrschenden Institutionen. Es ist eine Schande, heißt es, dass Banken gerettet, aber Familien alleine gelassen würden. „Señora Merkel“ und die anderen Politiker des Nordens interessierten sich nur für Interessen der Wirtschaft. In Bezug auf Europa wird nicht nach Institutionen unterschieden, vielmehr allgemeiner Unmut geäußert, man fühlt sich „betrogen“, „alleingelassen“ oder „verkauft aufgrund kommerzieller Interessen“.

Reaktionen der spanischen Regierung auf die Mobilisierung sind restriktive Sicherheitsbestimmungen und diverse Formen der Sanktionierung von AktivistInnen (García, 2013) die infolge des 2014 reformierten „Gesetzes zur Sicherheit der Bürger“ massiv

6) CIS (2014): Barómetro de Octubre 2014. Avance de Resultados. Estudio n° 3041. 33S.



verschärft wurden. EU-Institutionen zeigen sich bisher weitgehend indifferent gegenüber dem Aktivismus, dessen Forderungen und der Einschränkung von zivilen Rechten. Dies führte zu einem weiteren Vertrauensverlust in die EU und ihre Institutionen.

Nichtsdestotrotz führt die vorherrschende Unzufriedenheit mit dem politischen System und die Ablehnung traditioneller Institutionen im Gegensatz zu gegenwärtigen Entwicklungen in anderen EU-Staaten kaum zu Rechtspopulismus oder politischer Apathie der Jungen, sondern zu einer Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements, der Solidarität und der Formierung neuer politischer Parteien. Auch diese werden fallweise als linkspopulistisch bezeichnet, sind jedenfalls aber inklusiver als jene des rechten Spektrums.

Das Entstehen neuer Parteien im Kontext der sozialen Bewegung

Ein aktuelles Phänomen ist das Entstehen neuer politischer Parteien, die ihren Ursprung in der sozialen Bewegung haben. Auf nationaler Ebene ist Podemos („wir können“) von Bedeutung, der es gelang, bei den EU Parlamentswahlen von 2014 7,98% der Stimmen zu gewinnen. Wahlumfragen vom Jänner 2015⁷ zufolge hat die sehr systemkritische Partei gute Chancen, bei den nächsten Parlamentswahlen 2015 zur stimmenstärksten Partei aufzusteigen. Diese Erfolge haben auch den Prozess der Formierung neuer Parteien auf Regional- und Gemeindeebene bestärkt. Obwohl den im Kontext der Bewegung neugegründeten Parteien kein einheitliches Programm zugrunde liegt, lassen sich durchwegs Gemeinsamkeiten erkennen. Es handelt sich um Basisinitiativen, die von BürgerInnen ins Leben gerufen wurden und partizipative Demokratie forcieren. Zudem befürworten sie u.a. fundamentale Umverteilung, ein Ende der Austeritätspolitik, die Annullierung der Staatsschulden,

7) CIS (2015): Barómetro de Enero 2015. Estudio n° 3050. 32S.

eine Stärkung des Sozial- und des Bildungssystems, eine strikte Kontrolle der Finanzmärkte sowie ein Grundeinkommen.

Conclusio

Bislang führten die Distanz zu und Kritik an politischen Institutionen sowie das Fehlen beruflicher Möglichkeiten für die Jugend in Spanien zu einer Intensivierung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Im Unterschied zu anderen Krisenländern lassen sich kaum Zeichen erkennen, die auf ein Schwinden der Solidarität und Popularitätsgewinne für rechte und nationalistische Parteien verweisen. Organisationen sozialer Bewegungen plädieren für gewaltfreie Wege um eine inklusive, nachhaltige und sozial ausgewogene Entwicklung zu realisieren.

Dennoch könnte die europäische Integration durch den politischen Vertrauensverlust in Mitleidenschaft gezogen werden. Sowohl demokratische als auch soziale Defizite der EU – die gegenwärtig zumeist mit der Austeritätspolitik in Zusammenhang gebracht werden – dominieren oftmals Diskussionen; das Vertrauen in die EU erholt sich jedoch nach einem historischen Tiefpunkt wieder leicht (Commission, 2014). Ein europäisches Projekt, das mehr Legitimität für sich reklamieren kann, müsste auf offener und dialogbasierter Partizipation und entsprechenden Kommunikationspraktiken beruhen (Bee & Guerrina, 2014). Art 11 des Vertrags von Lissabon rät dazu, eine breite Basis für Partizipation und Dialog zivilgesellschaftlicher Akteure, wie Stakeholder-Netzwerke oder Nichtregierungsorganisationen zu etablieren. Diese aktiven BürgerInnen, wie der Vertrag sie vorschlägt, existieren in Spanien bereits in hohem Maß, was Chancen für Integration bietet.

Die Anhänger der neuen Parteien sowie der sozialen Bewegung treten in Dialog und wollen verändern. Die Partei kanalisiert nicht nur Interessen einer intellektuellen Elite, sondern auch die der Arbeitslosen sowie der Jugend. Ihre Erfolge bei der Europawahl haben eine große Dynamik der Mobilisierung ausgelöst. Sie haben Energie freigesetzt und Hoffnung gemacht. Und darin besteht auch



Hoffnung für Europa. Europa kann froh sein, dass sich hier die Krisenverlierer nicht nur rechtspopulistischen Strömungen zuwenden, sondern dass hier konstruktive Lösungsvorschläge entwickelt werden. Und Europa täte gut daran, die Wut auf das System und die Ungleichheit, die es produziert, sowie auch die Wut auf Europa ernst zu nehmen. Wenn die Politik das Vertrauen der Jungen wieder gewinnen will, dann braucht es eine entschlossene Sozial- und Bildungspolitik. Es braucht weiters Schritte in Richtung von mehr Transparenz der politischen Institutionen. Vor allem braucht es einen wesentlich stärkeren Dialog. Anstatt zuzulassen, dass Aktivisten sanktioniert und als zu radikal ausgegrenzt werden, muss Europa auf seine Jugend hören und versuchen, von den sozialen Bewegungen zu lernen. Es braucht weiters eine europäische Strategie der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Grundrechte. Die Europäische Politik muss sich klar gegen spanische Gesetze positionieren, die zu Prekarität oder Gefährdung von Grundrechten führen. Demnach muss erstens das spanische Gesetz über Zwangsräumungen an europäische Standards angepasst werden. Zweitens muss die Europäische Union klar gegen jene Aspekte des verschärften

Sicherheitsgesetzes Stellung beziehen, die Grundrechte einschränken, wie etwa die Verhängung von Geldbußen für jene, die Essen aus Abfallcontainern entnehmen, an Demonstrationen teilnehmen oder gewalttätiges Vorgehen der Polizei gegen friedliche Demonstrierende fotografisch dokumentieren.

Weiters sollten sofortige Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene getroffen werden, um die soziale Situation in Spanien zu verbessern, die in Diskrepanz zu europäischen Werten steht. Hungrige Kinder, eine Zunahme der Obdachlosigkeit und Exklusion sind nicht nur beschämend für Europa, sondern gefährden zentrale Werte des europäischen Projekts. Anstatt zu akzeptieren, dass aus Spaniens Jugend eine „verlorene Generation“ wird, braucht es die Implementierung kurzfristiger Strategien, um junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Bildung, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik obliegen zwar nationalen Kompetenzen, dennoch können existierende legale Möglichkeiten genutzt werden um die Situation zu verbessern und finanzielle Unterstützung für den Arbeitsmarkt und Sozialprogramme bereitgestellt werden.



Literaturverzeichnis

- Banyuls, J., & Recio, A. (2012). Der Albtraum des mediterranen Neoliberalismus - Spanien nach dem Scheitern des »dritten Weges«. In S. Lehndorff (Ed.), *Der Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt. Zehn Länder-Fallstudien*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Bee, C., & Guerrina, R. (2014). Framing Civic Engagement, Political Participation and Active Citizenship in Europe. *Journal of Civil Society*, 10(1), 1-4. doi: 10.1080/17448689.2014.897021.
- Castañeda, E. (2012). The Indignados of Spain: A Precedent to Occupy Wall Street. *Social Movement Studies*, 11(3-4), 309-319. doi: 10.1080/14742837.2012.708830.
- Commission, E. (2014). »Public Opinion in the European Union«, First Results Standard Eurobarometer 82 (pp. 42).
- Feenstra, R. A., & Keane, J. (2014). Politics in Spain: A Case of Monitory Democracy. *Voluntas*, 25(5), 1262-1280. doi: <http://dx.doi.org/10.1007/s11266-014-9461-2>.
- Fioramonti, L., & Thümler, E. (2013). *Citizens vs. Markets. How Civil Society is Rethinking the Economy in a Time of Crisis (Vol. 9)*. New York: Routledge.
- García, O. J. M. (2013). Soft Repression and the Current Wave of Social Mobilisations in Spain. *Social Movement Studies*, 13(2), 303-308. doi: 10.1080/14742837.2013.863147.
- González-Bueno, G., Bello, A., & Arias, M. (2013). *La infancia en España. 2012-2013. El impacto de la crisis en los niños*. Madrid.
- Hughes, N. (2011). 'Young People Took to the Streets and all of a Sudden all of the Political Parties Got Old': The 15M Movement in Spain. *Social Movement Studies*, 10(4), 407-413. doi: 10.1080/14742837.2011.614109.
- Rodríguez San Julián, E. (2012). *Informe 2012: Juventud en España*. Madrid: Instituto de la Juventud.
- Taibo, C. (2013). The Spanish Indignados: A movement with two souls. *European Urban and Regional Studies*, 20, 155-158.



Über die Autorinnen

A.o.Univ.Prof. Dr. Ruth Simsa arbeitet an der Wirtschaftsuniversität Wien am Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, als wissenschaftlicher Beirat des Kompetenzzentrums für NPO-Management und Social Entrepreneurship und als Vorstand des Instituts für Nonprofit-Forschung. Derzeit leitet sie den österreichischen Teil des internationalen Projekts "Third Sector Impact" (Europe FP7) und das Projekt "Civil Society in Spain".

Kontakt: Ruth.Simsa@wu.ac.at

Mag. Marion Totter, MSc(WU) ist Mitarbeiterin im Projekt "Civil Society in Spain" am Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, Wirtschaftsuniversität Wien.

Kontakt: mtotter@wu.ac.at

Über die ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein auf sozialpartnerschaftlicher Basis. Sie informiert über die europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung im Bezug auf die Förderung einer europäischen Debatte und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen.

ISSN 2305-2635

Die Ansichten, die in dieser Publikation zum Ausdruck kommen, stimmen nicht unbedingt mit jenen der ÖGfE oder jenen, der Organisation, für die die Autorinnen arbeiten, überein.

Zitation

Simsa, R., Totter, M. (2015). *Die soziale Situation in Spanien und die Protestbewegung 15M: Die EU braucht Dialog und soziale Sofortmaßnahmen*. Wien. ÖGfE Policy Brief, 2a'2015

Hinweis

Dieser Text ist bereits im englischen Original am 22.01. erschienen: Simsa, R. (2015). *The Social Situation in Spain and the Spanish Protest Movement: The EU Needs Dialogue and Immediate Corrective Action*. Wien. ÖGfE Policy Brief, 2'2015

Impressum

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
Rotenhausgasse 6/8-9
A-1090 Wien, Österreich

Generalsekretär: Mag. Paul Schmidt
Verantwortlich: Christoph Breinschmid, M.A.

Tel.: +43 1 533 4999
Fax: +43 1 533 4999 – 40
E-Mail: policybriefs@oegfe.at
Web: <http://oegfe.at/policybriefs>